

---

FDP Marburg-Biedenkopf

## KREISVERBAND WÄHLT NEUEN VORSTAND

21.07.2022

---

Am Samstag den 16.07.2022 traf sich der Kreisverband der FDP Marburg-Biedenkopf zu seiner Kreismitgliederversammlung in Stadtallendorf. Turnusgemäß wurde dort auch ein neuer Kreisvorstand gewählt. Dabei wurde die heimische Landtagsabgeordnete Lisa Deißler zur neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Sie übernimmt das Amt von Werner Böhm, welcher über vier Jahre den Verband geführt hat. Zu Deißlers Stellvertretern wurden Micha Thies (Kirchhain), Niklas Hannott (Marburg) und Winand Koch (Stadtallendorf) gewählt. Der ehemalige Kreisvorsitzende Werner Böhm wird dem Vorstand noch weiterhin als Kreisschatzmeister angehören. Komplettiert wird der Vorstand durch folgende Beisitzer: Wilfried Wüst, Dirk Peperzak, Firat Saritekin, Dr. Tobias Koch, Louisa Scholz, Doris Räuber, Hanke Friedrich Bokelmann, Stefan Fenner, Helmut Frhr. Schenk zu Schweinsberg, Tom Kewald, Berna Seker-Bektas sowie der Ehrenvorsitzenden Dr. Gisela Babel, der Europabeauftragten Kay-Ina Köhler und dem Vertreter der heimischen Kreistagsfraktion Thomas Riedel.

Neben den Wahlen zum neuen Vorstand wurde aber auch Inhaltliches auf der Versammlung besprochen, so kritisiert der Kreisverband der Freien Demokraten Marburg-Biedenkopf die Verhandlungstaktik der Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Angela Dorn, im aktuellen Konflikt um die Anschlussvereinbarung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg. Der „Dorn-Deal“, also der Letter of Intent, sollte knapp 500 Mio. Euro Finanzmittel für das UKGM bringen. Nach langen und zähen Verhandlungen jubelte die Wissenschaftsministerin zu früh und gefährdet damit die Gesundheitsversorgung in Mittelhessen. Die Freien Demokraten Marburg-Biedenkopf fordern beide Akteure, das Land Hessen und die Röhnklinikum AG auf, die bestehenden Gesprächskanäle zu nutzen, wieder in Verhandlungen einzutreten, die bestehenden Streitigkeiten öffentlich zu benennen und zu beseitigen. Die Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende Lisa Deißler fordert eine Rückkehr an den Verhandlungstisch: „In Anbetracht der ca. 10.000

Arbeitsplätze, der Bedeutung der Medizinischen Versorgung vor Ort und dem Auftrag für Forschung und Lehre, ist es nicht vertretbar, dass Verhandlungstermine platzen oder keine Kompromissfähigkeit besteht. Hier müssen beide Seiten lösungsorientiert aufeinander zugehen. Die Röhnklinikum AG darf den Druck nicht weiter erhöhen, wie einst bei der Aufkündigung der Zukunftsvereinbarung, sondern seine Verantwortung für die Mitarbeitenden sowie Patientinnen und Patienten übernehmen. Sie muss das Heft des Handelns wieder in die Hand nehmen.“